



***Unsere Erwartungen  
an eine künftige  
Bundesregierung***



**#StarkeWirtschaft  
#StarkesLand**

# UNSERE AGENDA FÜR DEN STANDORT

Deutschland durchlebt die größte Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik. Hohe Energiepreise, steigende Sozialkosten und die Transformation setzen die Wirtschaft massiv unter Druck. Zwei Jahre in Folge ist die Wirtschaftsleistung in Deutschland gesunken. Und auch für 2025 erwarten die Ökonomen maximal eine Stagnation. Die Gefahr einer Deindustrialisierung wächst.

Wirtschaftspolitik muss das Kernthema der kommenden Legislatur sein. Die Strukturkrise erfordert entschlossenes Gegensteuern. Die Parteien der zurückliegenden Ampel-Regierung haben zwar die kritische Lage der deutschen Wirtschaft und den Handlungsdruck erkannt, trotzdem haben sie es aus ideologischen und parteipolitischen Gründen versäumt, wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Statt große Reformen anzugehen, verliert sich die Politik im Klein-Klein und zerredet selbst hier noch dringend notwendige Reformen. Der zwingend benötigte



Bürokratieabbau kommt nicht voran. Gleichzeitig halten viele Politiker an dem Narrativ fest, dass allein die Schuldenbremse Grund allen Übels ist und dass sich durch eine höhere Verschuldung die Probleme lösen ließen.

Wirkliche Reformen, mit denen die Politik Rahmenbedingungen schafft, unter denen erfolg- und ertragreiches Wirtschaften in Deutschland wieder Normalität wird, bleiben aus. Statt die Wirtschaft zu entlasten, hat die Politik mit neuen Regulierungen die Belastungen für die Unternehmen konsequent verschärft.

Deutschland braucht eine starke Wirtschaft, um als Land seine umfangreichen Aufgaben erfüllen zu können. Gleichzeitig sind konsequente Sparmaßnahmen unausweichlich. Die Fehlentwicklungen in der Sozialpolitik der vergangenen Jahre müssen korrigiert werden.

Die VSU fordert mutige Reformen von der künftigen Bundesregierung. Im Rahmen dieser Reformen muss Deutschland wieder zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort werden. Auch für das Saarland wäre dies – unabhängig von eigenen landespolitischen Herausforderungen – wichtig. Für die Transformation unseres Bundeslandes ist es unerlässlich, neben der Förderung der bestehenden Unternehmen neue Investoren für unser Land mit seinen gut ausgebildeten Facharbeitern zu begeistern. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, die den Unternehmen ertragreiches Wirtschaften ermöglichen.

## INHALT

---

Forderungen der VSU an die Politik	6
1. Soziale Marktwirtschaft stärken	7
a. Beitragsbelastungen senken	7
b. Rente reformieren	8
c. Gesundheit und Pflege effizienter gestalten	9
d. Eigenverantwortung stärken	10
e. Kommunen sanieren	10
2. Arbeitsmarktpolitik	11
a. Arbeitszeit flexibilisieren	12
b. Mitbestimmung begrenzen	13
c. Arbeitskampfrecht reformieren	13
d. Mindestlohn entpolitisieren	13
3. Schuldenbremse	14
4. Bürokratieabbau	15
a. Regulierungswut stoppen	16
b. Verbindliche Ziele für Abbau festlegen	17
c. EU-Regulierungen entschlacken	17



5. Steuerreform	18
6. Energie und Umwelt	18
a. Energiewende marktfähig gestalten	19
b. Wettbewerbsfähige Energiepreise ermöglichen	20
c. Planungssicherheit erzeugen	21
d. Klimaschutz praxisnah gestalten	21
7. Bildung und Forschung	22
a. Bildungsoffensive starten	22
b. Leistung wertschätzen	23
c. Forschungsförderung anregen	24
8. Infrastruktur/Digitalisierung	24
a. Infrastruktur sanieren	24
b. Digitale Landschaft ausbauen	25
9. Internationale Beziehungen	26
a. Freihandel fördern	26
b. Europäische Industriestrategie entwickeln	26
c. Europäischen Binnenmarkt vertiefen	27
d. Gestaltungsrolle übernehmen	27

## FORDERUNGEN DER VSU AN DIE POLITIK

**D**eutschland muss wieder wettbewerbsfähig werden. Dafür sind große Reformen notwendig, die alle Gebiete staatlichen Handelns umfassen. Von den Rahmenbedingungen der Wirtschaft über die Verwaltung, die Energie- und Sozialpolitik bis hin zur Bildungspolitik. Die Zeit ist überfällig – und es ist nicht der Moment für kleine Schritte, das Land braucht eine umfassende Erneuerung im Rahmen einer Reformpolitik wie zu Beginn des Jahrtausends.



# 1. SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT STÄRKEN

Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland durchläuft eine Fehlentwicklung. Das jährliche Sozialbudget in Deutschland umfasst rund 1.250 Milliarden Euro. Die Sozialleistungsquote liegt bei über 30 Prozent. Deutschland hat sich von einem Sozialstaat zunehmend in einen Sozialhilfestaat entwickelt, der jegliches Lebensrisiko abzufedern versucht. Wir müssen uns wieder auf die Grundidee der sozialen Marktwirtschaft besinnen, nach der Wirtschaft sich frei entfalten kann und die Gemeinschaft denjenigen Schutz zukommen lässt, die unverschuldet in Not geraten sind. Gleichzeitig muss Leistung wieder ein Wert sein, der von der Gesellschaft honoriert, aber auch gefordert wird. Allen Menschen müssen unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Entwicklungsmöglichkeiten offenstehen.

Vor allem gilt es, die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren. Die Bevölkerungsalterung wird zur zentralen Herausforderung unserer Sozialpolitik. Die ersten Jahrgänge der Babyboomer-Generation stehen vor dem Eintritt in den Rentenbezug. Zwischen 2026 und 2029 erreichen 5,2 Millionen Menschen in Deutschland das Rentenalter, gleichzeitig treten gerade einmal 3,1 Millionen junge Menschen in das Berufsleben ein. Damit schrumpft die Einnahmehasis erheblich, während der höhere Anteil älterer Menschen vor allem bei Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung die Ausgaben massiv steigen lässt. Ohne ein politisches Umsteuern bricht das System zusammen.

## a. Beitragsbelastungen senken

Die Sozialbeiträge haben längst die Grenze von 40 Prozent überschritten, die frühere Bundesregierungen als Belastungsgrenze für die Wirtschaft identifiziert hatten. Mit Beitragssteigerungen bei Kranken- und Pflegeversicherung sowie der noch von der Ampel-Regierung angestoßenen

Rentenreform droht mittelfristig ein Anstieg auf 50 Prozent. Die nächste Regierung muss sicherstellen, dass der Anteil der Sozialbeiträge an den Arbeitskosten wieder unter 40 Prozent gedrückt wird. Um die Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen zu fördern, sollte die Regierung regelmäßig über die Langfrist-Entwicklung der Sozialbeiträge berichten und so Transparenz schaffen.

## **b. Rente reformieren**

Angesichts der prognostizierten Steigerung der Altenquote auf etwa 40 Prozent bis 2060 erfordert das Rentensystem künftig flexiblere Lösungen. Mit dem steigenden Lebensalter muss auch ein späterer Renteneintritt diskutiert werden. Nach der Rente mit 67 muss als nächster Schritt eine Anhebung des Rentenalters auf 70 Jahre folgen.

Frühverrentungsanreize, die nicht nur teuer sind, sondern auch dem Arbeitsmarkt wertvolle Fachkräfte entziehen, müssen wieder zurückgefahren werden. Das gilt vor allem für die Rente mit 63, die den Bundeshaushalt mit Milliarden belastet. Der Grundsatz Reha statt Rente sollte stärker in den Fokus genommen werden, um die Beschäftigungsfähigkeit möglichst lange zu erhalten. Hinzuverdienstmöglichkeiten bei vorgezogenem Rentenbezug sollten wieder wegfallen. Dagegen sollten Modelle entstehen, die das Weiterarbeiten nach dem Erreichen des Rentenalters attraktiver machen.

Der Trend der vergangenen Jahre, die versicherungsfremden Leistungen der Rentenversicherung immer weiter auszuweiten, muss gestoppt werden. Sowohl, um weitere Beitragssprünge zu vermeiden, als auch, um die Steuerzuschüsse in die gesetzliche Rentenversicherung zu re-





duzieren. Diese sind mit gut 100 Milliarden Euro bereits jetzt der größte Einzelposten im Bundeshaushalt. Grundsätzlich gilt, dass versicherungsfremde Leistungen zurückgefahren werden müssen und dass der Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel im Sinne einer generationengerechten Lastenverteilung unbedingt erhalten bleiben muss.

### **c. Gesundheit und Pflege effizienter gestalten**

Die Reform des Gesundheitssystems sollte im Sinne der Wirtschaftlichkeit vorangetrieben werden. Deutschland hat eines der teuersten Gesundheitssysteme, schneidet bei der Qualität aber regelmäßig unterdurchschnittlich ab. Strukturreformen sind hier überfällig. Um die Kosten zu senken und das Kosten-Leistungs-Denken stärker zu verankern, sollte auch wieder eine sozial abgedeckte Eigenbeteiligung eingeführt werden.

Die medizinische Versorgung von Bürgergeld-Beziehern über die gesetzliche Krankenkasse muss zuverlässig aus Steuermitteln ausgeglichen werden. Die aktuelle Finanzierung nach Kassenlage und politischem Gusto führt zu einer unzulässigen und einseitigen Belastung der Solidargemeinschaft in der gesetzlichen Krankenkasse. Dadurch wird unnötigerweise eine Diskussion um das System privater und gesetzlicher Kassen in Deutschland befeuert.

Im Bereich der Pflege ist angesichts der demografischen Entwicklung eine massive Ausweitung des Bedarfs zu erwarten. Die Pflegeversicherung kann mit Blick auf eine langfristige Finanzierbarkeit so wie ursprünglich geplant nur eine Teilleistungsversicherung bleiben. Um das System zu stabilisieren, muss die private Pflegevorsorge gestärkt und verpflichtend eine „Eigenanteilsversicherung“ eingeführt werden. Diese muss sozial gerecht ausgestaltet sein und eine finanzielle Überforderung des Einzelnen verhindern. Gleichzeitig muss die private, kapitalgedeckte Vorsorge ausgebaut werden.

## d. Eigenverantwortung stärken

Bürgergeld darf nicht attraktiver erscheinen als Erwerbsarbeit. Die Fehlentwicklung der vergangenen Jahre muss revidiert werden. Beim Bürgergeld muss wieder die Maxime eines ausreichenden Lohnabstandsgebots gelten. Menschen, die arbeiten, müssen bessergestellt sein als diejenigen, die nicht arbeiten. Das Bürgergeld darf deshalb nicht zu nah an die unteren tariflichen Entgeltgruppen heranreichen.

Auch der Vermögensschutz muss begrenzt werden. Kosten für Wohnung und Heizung müssen der Situation angemessen sein und können nicht dauerhaft ohne Prüfung übernommen werden.

Vor allem muss das Prinzip des „Förderns und Forderns“ wieder stärker in den Vordergrund rücken. Vermittlung in Arbeit und Ausbildung muss Vorrang haben. Es muss sich lohnen, sich aus dem Leistungsbezug herauszuarbeiten. Eigenverantwortung und Mitwirkungspflicht müssen zentraler Leitgedanke sein. Dazu gehören auch Sanktionen für diejenigen, die nicht bereit sind, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten einzubringen.

## e. Kommunen sanieren

Die Kommunen in Deutschland sind strukturell unterfinanziert. Das größte Problem sind gesamtstaatliche Aufgaben, die einen Großteil der Kommunalfinanzen ausmachen, aber nicht ausreichend gegenfinanziert sind. Die Bundesregierung muss neben einem Kommunalentschuldungsprogramm die Finanzierung der Kommunen nach dem Prinzip „Wer bestellt, zahlt“ neu gestalten. Für Aufgaben, die den Kommunen vom Bund übertragen werden, müssen auch entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Eine erneute Verschuldungsspirale muss verhindert werden.



## 2. ARBEITSMARKTPOLITIK

Arbeitsmarktpolitik muss effiziente Lösungen in einer sich verändernden Arbeitswelt schaffen und darf den Strukturwandel nicht durch zusätzliche Einschränkungen behindern. Deutschland steuert angesichts des demografischen Wandels auf eine gigantische Fachkräftelücke zu. Allein in der nächsten Legislaturperiode werden gut zwei Millionen mehr Menschen in den Ruhestand eintreten als junge Menschen in den Arbeitsmarkt.

Ziel einer zukunftsgerichteten Arbeitsmarktpolitik muss es deshalb sein, das Arbeitskräfteangebot zu erhöhen. Mittel dazu sind eine intensiviertere und arbeitsmarktgesteuerte Zuwanderung, eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie eine Flexibilisierung der Arbeitsmodelle.

Für eine effiziente Zuwanderungspolitik ist es vor allem erforderlich, die Vergabe von Visa für Zuwanderungswillige zu beschleunigen. Der Abstimmungsbedarf zwischen Auslandsvertretungen, Ausländerbehörden und der Bundesagentur für Arbeit muss verringert werden. Notwendig ist dafür eine Digitalisierung über die gesamte Prozesskette der Migrationsverwaltung sowie eine Bündelung der Aufgaben. Das gleiche gilt bei der Frage der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse.

Um eine höhere Erwerbsbeteiligung zu erreichen, sollte der Gesetzgeber möglichst vielen Menschen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ermöglichen. Das trifft vor allem auf Migranten, Eltern, Geringqualifizierte und Ältere zu. Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch die Rahmenbedingungen. Weil die Kinderbetreuungsinfrastruktur noch immer nicht ausreicht, entscheiden sich nach wie vor viele Frauen für Teilzeit-Beschäftigungen oder arbeiten gar nicht. Die Praxis, Migranten vorerst vom Arbeitsmarkt auszuschließen, führt zu Untätigkeit – eine Entwicklung, die nur schwer wieder zu korrigieren ist.

Zielführend ist es, Mehrarbeit attraktiver zu machen. Dem entgegen stehen die aktuellen Arbeitszeitregeln, die noch aus vordigitaler Zeit stammen. Sie müssten dringend überarbeitet werden. Individuelle Mehrarbeit muss ermöglicht und lohnend werden. Vor allem steuerliche Maßnahmen sind dafür das Mittel der Wahl.

Die Bundesagentur für Arbeit muss konsequent auf die künftigen Herausforderungen ausgerichtet werden. Dazu gehört die individuelle, stärkenorientierte Beratung der Kunden, um deren Beschäftigungsfähigkeit nachhaltig zu sichern. Kernaufgabe der Bundesagentur ist – neben der Auszahlung des Arbeitslosengeldes und des Kurzarbeitergeldes – die professionelle, schnelle und nachhaltige Vermittlung, Beratung und Förderung von Arbeitslosen. Beitrags- und steuerfinanzierte Leistungen müssen klar voneinander abgegrenzt werden. Aufgaben- und Kostenverlagerungen und damit ein Griff in die Beitragskasse durch die Politik müssen verhindert werden.

## **a. Arbeitszeit flexibilisieren**

Immer mehr Beschäftigte fordern flexible Arbeitszeitmodelle, um die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben besser umsetzen zu können. Das deutsche Arbeitszeitgesetz ist mit seinen starren Vorschriften dafür nicht tauglich. Es orientiert sich an einem veralteten Arbeitszeitmodell mit fixen Arbeitsorten, das dem modernen und mobilen Arbeitsleben nicht mehr gerecht wird.

Die künftige Bundesregierung sollte deshalb den Spielraum der EU-Arbeitszeitrichtlinie nutzen, um das deutsche Arbeitszeitrecht zu modernisieren. Es braucht den Wechsel von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit, um mehr Flexibilität im betrieblichen Alltag und der persönlichen Arbeitszeitgestaltung der Arbeitnehmer zu ermöglichen.



Außerdem müssen Tarifvertragsparteien die Möglichkeit erhalten, eigene, passende Regelungen für Ruhezeiten zu verhandeln, damit die Branchenbesonderheiten berücksichtigt werden können und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingt. Vertrauensarbeitszeit darf dabei auch in Zukunft nicht in Frage gestellt werden.

## **b. Mitbestimmung begrenzen**

Das Betriebsverfassungsrecht aus dem frühen 20. Jahrhundert passt in seiner gesetzlichen Form nicht mehr in die Welt von Arbeit 4.0. Chancen und Herausforderungen, die mit der Globalisierung und Digitalisierung verbunden sind, bleiben wegen zu hoher Einführungshürden ungenutzt. Betriebliche Mitbestimmung darf die Einführung neuer Technologien nicht bremsen. Eine Ausweitung der Mitbestimmung ist unbedingt abzulehnen.

## **c. Arbeitskampfrecht reformieren**

Angesichts der zunehmenden Streikintensität in Deutschland ist es wichtig, den Arbeitskampf gesetzlich zu regeln. Arbeitskampf darf nur das letzte Mittel sein, dem ernsthafte Verhandlungen vorhergegangen sein müssen. Warnstreiks müssen eine begrenzte Ausnahmeerscheinung sein. Wünschenswert sind auch Regelungen zum Schlichtungsrecht mit einem verpflichtenden Schlichtungsversuch vor Arbeitskämpfen zumindest im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Es muss klar sein, dass politische Streiks verfassungswidrig sind.

## **d. Mindestlohn entpolitisieren**

Nicht nur zum Antritt der Ampel-Koalition auch in der vergangenen Legislaturperiode ist der Mindestlohn immer wieder zum Spielball der Politik geworden. Auch im aktuellen Wahlkampf fordern mehrere Parteien eine politisch motivierte Anhebung des Mindestlohns. Damit haben sich diese Parteien von ihrer Zusage bei der Einführung des Mindestlohns

verabschiedet, diesen in die Hand der unabhängigen Mindestlohn-Kommission zu geben und von weiteren Eingriffen abzusehen. Das Lohngefüge in Deutschland wird damit den Tarifparteien entrissen und zum Spielball der Politik.

Ein Mindestlohn, der nach politischem Gusto im Sinne einer Verteilungspolitik durch Parteien festgelegt wird, ist im höchsten Maße standortgefährdend, da nicht Wirtschaftlichkeit, sondern Populismus Grundlage für die Festsetzung der Lohnuntergrenze wird. Solch ein Vorgehen macht viele Tätigkeiten unrentabel und vernichtet Arbeitsplätze. Planwirtschaft statt Marktwirtschaft wird dann die Devise. Mit fatalen Folgen für den Standort. Die Politik muss glaubhaft versichern, dass sie die Mindestlohnfestlegung wieder dauerhaft in die Hände der Sozialpartner legt.

### **3. SCHULDENBREMSE**

---

Die Herausforderungen der Transformation und Klimapolitik erfordern staatliche Investitionen. Der Ruf nach einer Lockerung der Schuldenbremse ist der falsche Weg. Die Schuldenbremse wurde geschaffen, um in Zeiten knapper öffentlicher Mittel für eine Priorisierung zu sorgen. Die Politik muss dieser Aufgabe nachkommen, bevor sie über neue Schulden nachdenkt. Bereits jetzt begrenzt der hohe Zinsaufwand die Handlungsfähigkeit der Regierung. Zwischen 2021 und 2023 haben sich die Zinsausgaben von rund vier Milliarden auf knapp 40 Milliarden Euro verzehnfacht. Um die Ausgaben zu reduzieren, sind Reformen im Bereich Arbeit, Soziales und Wirtschaft überfällig. Das Institut für Weltwirtschaft



in Kiel zeigt in seinem Bundesausgabenmonitor bei den wichtigsten Ausgabenpositionen des Bundes erhebliches Einsparpotenzial. So könnte der Bund 22 Milliarden Euro einsparen, wenn er die Sozialausgaben bereinigt auf das Niveau von 2019 zurückführen würde. Würde die Politik sich am Wert des Jahres 2000 orientieren, bliebe sogar eine Einsparung von 40 Milliarden Euro. Auch die Subventionen bieten Möglichkeiten: Das Volumen an Subventionen lag 2024 mit 127 Milliarden Euro um fast 50 Prozent über dem Niveau von 2022 und doppelt so hoch wie 2015. Eine Rückführung auf das damalige Niveau brächte Einsparungen von über 60 Milliarden Euro.

Natürlich müsste der Staat dafür seine Rolle anders definieren. Weg vom Akteur, der die Transformation durch politisches Handeln bestimmt und den Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft steuert. Stattdessen müsste er wieder in die Rolle des Rahmensetzers zurückkehren.

Und bei alledem darf nicht vergessen werden: Auch die Schuldenbremse erlaubt eine Neuverschuldung. Jedes Jahr kann der Bund Kredite in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts neu aufnehmen. 2023 wäre eine Neuverschuldung von knapp 15 Milliarden Euro ergänzt um Sonderkredite aufgrund der schwachen Konjunktur regulär möglich gewesen.

## 4. BÜROKRATIEABBAU

Die deutsche Wirtschaft leidet unter übermäßiger Bürokratie. Sie ist ein Haupthemmnis für Investitionen und begrenzt die Unternehmen in ihrem Wachstum. In den vergangenen zweieinhalb Jahren sind fast 2.200 neue Verwaltungsvorschriften geschaffen worden. Auf das Arbeits- und Sozialrecht entfallen davon fast 2.000 Regelungen. Viele Beschäftigte in den Unternehmen sind ausschließlich damit beschäftigt, Berichtspflichten zu

erfüllen, ohne dass Wertschöpfung entsteht. Im internationalen Wettbewerb verlieren die Unternehmen an Boden, Investitionen verzögern sich oder werden ganz gestrichen.

## **a. Regulierungswut stoppen**

Es zeigt sich seit Jahren, dass die aufgeblähte Verwaltung weitere Verwaltung nach sich zieht. Die Bürokratieabbaugesetze der vergangenen Jahre erzielen nicht die erhoffte Wirkung. Sie sind kleinteilig und ignorieren die wirklich großen Themen.

In der nächsten Legislaturperiode muss es endlich zum großen Wurf kommen. Das Land braucht eine bessere Rechtssetzung, effizientere staatliche Verwaltungsstrukturen sowie konkrete Maßnahmen für den Bürokratieabbau in den verschiedenen Politikfeldern. Dafür gibt es viele Lösungsansätze, die die Politik angehen muss. Vor allem müssen Gesetze regelmäßig vor und nach der Verabschiedung evaluiert und ein Verfallsdatum festgelegt werden. Und statt der untauglichen „One-In-One-Out“-Regel sollten künftig mit jedem neuen Gesetz zwei alte Gesetze wegfallen.

Bei Investitionsvorhaben sollte künftig eine Stichtagsregelung gelten, die die Rechtslage bei Antragsstellung als Grundlage nimmt. Ebenso sollte eine Zustimmungsfiktion gelten, wenn Stakeholder Einwendungen nicht rechtzeitig einbringen.





## b. Verbindliche Ziele für Abbau festlegen

Die Regierung sollte einen Abbaupfad festlegen, mit dem der Grad des Bürokratieabbaus definiert wird. Dabei müssen auch Maßnahmen bei einer Zielverfehlung festgelegt werden. Das Vorgehen schafft Transparenz und ermöglicht es, den ernsthaften Willen zur Entlastung ebenso zu bewerten wie den Erfolg der getroffenen Maßnahmen.

## c. EU-Regulierungen entschlacken

Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, die EU-Richtlinien zur Lieferkettensorgfalt, die Nachhaltigkeitsberichterstattung, die EU-Zwangsarbeitsverordnung sowie die Entwaldungsverordnung erweisen sich für viele Unternehmen als Erschwernis in ihrem internationalen Engagement. Sie bilden einen komplexen Rechtsrahmen, der mit erheblicher Rechtsunsicherheit und hohem Aufwand verbunden ist. Dieser Rechtsrahmen wirkt den Lehren der Corona-Krise entgegen, denen zufolge Unternehmen ihre internationalen Geschäftsbeziehungen weiter diversifizieren sollten. Stattdessen bergen die hohen bürokratischen Anforderungen die Gefahr, dass Unternehmen ihr Engagement stärker zurückfahren. Das deutsche Lieferkettengesetz muss deshalb bis zur Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie ausgesetzt werden. Die EU-Lieferkettenvorgaben müssen überarbeitet und bürokratiearme, rechtssichere und praxistaugliche Anwendungen ermöglicht werden. Gleichzeitig muss eine Positivliste von Staaten mit hohem Schutzniveau veröffentlicht werden, die von der Anwendung ausgeschlossen bleiben. Insgesamt sind Richtlinienvorgaben der EU so wirtschafts- und standortfreundlich umzusetzen wie möglich. Nationale Verschärfungen, wie sie in Deutschland im Rahmen des sogenannten Gold-Plating immer wieder stattfinden, führen zu einem erheblichen Wettbewerbsnachteil. Der von der EU bei der Umsetzung eingeräumte Spielraum sollte stets zugunsten des Standorts genutzt werden.

## 5. STEUERREFORM

---

Derzeit liegt der durchschnittliche Unternehmenssteuersatz in Deutschland bei etwa 30 Prozent. Weltweit gibt es kaum ein Land, das Unternehmen steuerlich stärker belastet. Im Durchschnitt der OECD zahlen Kapitalgesellschaften 23,6 Prozent Steuern auf einbehaltene Gewinne, im EU-Durchschnitt sind es 21,1 Prozent. Auch die Steuerbürokratie ist in anderen Ländern deutlich geringer. Die Unternehmenssteuerlast von Körperschaften muss so schnell wie möglich auf im internationalen Vergleich tragfähige 25 Prozent sinken. Das Gleiche muss für einbehaltene Gewinne von Personengesellschaften und Einzelunternehmern erreicht werden.

Der Solidaritätszuschlag muss komplett abgeschafft werden. Seine ursprüngliche Rechtfertigung hat er längst verloren. Nach der Freistellung von 90 Prozent der Steuerzahler bezahlen ihn inzwischen ganz überwiegend Unternehmen, was deren Wettbewerbsfähigkeit beschädigt. In der Körperschaftsteuer fällt der Solidaritätszuschlag auch dann an, wenn es sich um sehr kleine Kapitalgesellschaften mit niedrigen Gewinnen handelt.

## 6. ENERGIE UND UMWELT

---

Der Kampf gegen den Klimawandel gehört unbestritten zu den zentralen Aufgaben unserer Zeit. Diese Aufgabe wird aber nur gelingen, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhalten bleibt. Klimapolitik muss sich unter Berücksichtigung der Welthandelspolitik am Machbaren aus-



richten, nicht am Wünschenswerten. Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu werden und damit fünf Jahre früher als es die Europäische Kommission für Europa vorschreibt. Dieser Weg erfordert massive Investitionen und bedeutet eine enorme Kraftanstrengung für die gesamte Gesellschaft.

Klima- und Industriepolitik müssen unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit und sozialer Aspekte zusammengedacht werden. Der Umgang der Ampel-Koalition mit dieser komplexen Herausforderung hat in der Gesellschaft, bei Unternehmen und Bevölkerung zu starker Verunsicherung geführt. Vor diesem Hintergrund muss sich eine neue Bundesregierung in einem ersten Schritt zum Industriestandort Deutschland und damit auch zu den energieintensiven Grundstoffindustrien bekennen.

Anschließend müssen die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen kurzfristig und verlässlich erarbeitet und gesetzt werden. Dafür ist unter anderem unerlässlich, den Industriestandort Deutschland in energiepolitischer Hinsicht wettbewerbsfähig zu machen. Primär bedeutet dies eine zuverlässige Energieversorgung bei Strom, Erdgas und Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen. Dieser Punkt wird mit dem Fortschreiten der Transformation unserer Volkswirtschaft immer wichtiger und ist letztlich von entscheidender Bedeutung für den Industriestandort Deutschland.

## **a. Energiewende marktfähig gestalten**

Investitionen in umweltfreundliche Technik rechnen sich nur mit entsprechenden Marktmodellen, wie zum Beispiel grünen Leitmärkten. Hier ist die Politik seit Jahren nicht über den Planungsstand hinausgekommen. Um die Stromversorgung zu sichern, braucht es dringend eine Kraftwerksstrategie, die den Betrieb neuer Kraftwerke über die Laufzeit sichert. Batterietechnologien, Wasserstoffwirtschaft und intelligente Stromnetze

sind erforderlich, um eine zuverlässige Energieversorgung zu garantieren. Vor allem muss die Diskussion über die künftige Energieversorgung ideologiefrei und technologieoffen geführt werden.

Erforderlich ist, dass die neue Bundesregierung dem Transformationsprojekt ein Projektmanagement und einen Projektplan zugrunde legt, der ständig fortgeschrieben wird. Auch die Finanzierung muss konkretisiert werden. Es ist dramatisch, dass immer noch offen ist, wie das Transformationsprojekt „klimaneutrale Volkswirtschaft“ finanziert werden soll.

## **b. Wettbewerbsfähige Energiepreise ermöglichen**

Unternehmen in Deutschland brauchen international wettbewerbsfähige Energiepreise, um am Weltmarkt bestehen zu können. Die künftige Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Strompreise wieder auf ein international vergleichbares Niveau sinken. Dazu gehört auch, dass der Netzausbau nicht zu übermäßig steigenden Netzentgelten führt, sondern die Kosten langfristig verteilt werden. Die Stromsteuer sollte dauerhaft auf das europäische Mindestmaß begrenzt sein. Auch die Netzentgelte sollten auf drei Cent pro Kilowattstunde beschränkt werden. Beim Ausbau der Netze muss Effizienz im Vordergrund stehen. Freileitungen müssen Vorrang vor Erdkabeln haben. Erneuerbare Energien sollten im Einklang mit der Energieinfrastruktur integrierter, umfassender und langfristiger geplant, optimiert und ausgebaut werden.



### c. Planungssicherheit erzeugen

Dem Standort Deutschland fehlt es an Klarheit über die künftige Energieversorgung und die finanziellen Rahmenbedingungen. Offen ist vor allem, wie ein zukunftsfähiges Strommarktdesign in einem europäischen Kontext aussehen könnte und wie sich die Kosten des Stromsystems entwickeln werden. Die damit verbundene Planungsunsicherheit verhindert dringend notwendige Investitionen. Für die Umsetzung der Energiewende ist für die Unternehmen die Frage der Finanzierbarkeit von zentraler Bedeutung. Um die anstehenden Investitionen zu realisieren, brauchen wir private Investments in großem Maßstab. Damit ausreichend Mittel für die deutsche Energiewende mobilisiert werden können, müssen wir einfacher, attraktiver und unbürokratischer werden – gerade im internationalen Vergleich.

### d. Klimaschutz praxisnah gestalten

Ein pragmatischer Ansatz zum Klimaschutz ist unerlässlich. Für eine Reduktion der Treibhausgasemissionen sind technische Innovationen der entscheidende Schlüssel. So verstanden, kann die Förderung und Anwendung von Klima- und Umweltschutztechnik neue Märkte erschließen und angestammte Märkte sichern. Der ökologische Faktor darf aber nicht die soziale Marktwirtschaft gefährden. Klima- und Umweltschutz setzen erfolgreiches Wirtschaften voraus und dürfen auch nicht dazu führen, dass gerade diejenigen über Gebühr belastet werden, die sich am unteren Einkommensende befinden. Insgesamt gilt, dass Technologieoffenheit konsequent gewährleistet werden muss: Die Politik gibt im Sinne einer liberalen und wettbewerbsorientierten Ausrichtung das Ziel vor und schafft die Rahmenbedingungen. Wirtschaft und Gesellschaft wählen die zur Zielerreichung geeigneten Mittel.

## 7. BILDUNG UND FORSCHUNG

---

Ein Land ohne Rohstoffe kann im internationalen Vergleich nur durch Exzellenz seiner Fachkräfte und Forscher bestehen. Gut ausgebildete Fach- und Führungskräfte sind eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg der Unternehmen. Für eine erfolgreiche Transformation werden insbesondere kompetente MINT-Fachkräfte benötigt. Deutschland hat seine Führungsrolle hier längst verloren. Die Transformationsprozesse stellen besonders hohe Ansprüche an die Belegschaften und erfordern Investitionen in Um- und Weiterqualifizierung. Um den Bedarf an gut ausgebildeten Mitarbeitern zu decken, muss deshalb auf allen Ebenen des Bildungssystems wieder ein hohes Qualitätsniveau sichergestellt werden.

### a. Bildungsoffensive starten

Deutsche Schüler erreichen nur noch Mittelmaß, viel zu häufig erfüllen Jugendliche nicht einmal die Mindestanforderungen in den Grundlagenfähern Lesen, Schreiben und Rechnen. Deutschland braucht ein Bildungssystem, das Leistung wieder ermöglicht und fördert. Initiativen des Bundes wie der „Digitalpakt Schule“ sowie das „Startchancenprogramm“ und die damit verbundenen Finanzmittel des Bundes für die Länder geben wichtige Impulse für eine flächendeckende Weiterentwicklung der Bildungsqualität.

Bildungspolitik muss bereits in der Vorschule ansetzen – unter anderem mit einer Sprachförderung, so dass Grundschulen sich nicht erst auf den Spracherwerb, sondern auf die Wissensvermittlung konzentrieren können. Moderne Lehrpläne müssen digitale Kompetenzen ebenso wie kritisches Denken fördern.



Aufbauend auf einer exzellenten Vermittlung von Grundbildung trägt ein gezielter Schwerpunkt auf MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) in Schulen dazu bei, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Durch die Alterung der Gesellschaft und die dadurch ausscheidenden Beschäftigten vergrößert sich die Fachkräftelücke stetig.

Im Bereich der Hochschulen haben Bund und Länder vor allem die Aufgabe, die Exzellenz und Internationalisierung der Hochschulen voranzutreiben. Die internationale Attraktivität des Hochschulstandortes Deutschlands und eine Willkommenskultur für ausländische Studierende und Wissenschaftler sind eine wichtige Antwort auf den Fachkräftemangel. Internationale Mobilität von Studenten und Wissenschaftlern muss durch ein breiteres Angebot gefördert werden.

Im Kampf gegen den Fachkräftemangel ist es wichtig, dass die berufliche Bildung gefördert und beworben wird. Die Politik im Bund und den Ländern ist hier ein wichtiger Unterstützer. Wesentlich ist, dass die vielfältigen Fortbildungs- und Karrierechancen, die sich im dualen System eröffnen, beispielsweise über spezielle Kampagnen stärker in der Öffentlichkeit herausgehoben werden.

## **b. Leistung wertschätzen**

Unternehmen beklagen zunehmend, dass Schüler trotz ordentlicher Zeugnisnoten häufig große Lücken aufweisen. Damit bestätigen sie die Beobachtung, dass das Leistungsniveau in den Schulen immer weiter abfällt. Die künftige Bundesregierung muss auf die Länder einwirken, in den Schulen den Wert von Leistung wieder stärker hervorzuheben. Exzellenz entsteht nur, wenn sie gefordert und unterstützt wird. Nicht nur die Förderung schwacher Schüler darf im Vordergrund stehen, um die starken Schüler auf dem Weg nicht zu verlieren, müssen auch sie eine adäquate Förderung erhalten.

### c. Forschungsförderung anregen

Laut den OECD-Daten 2021 fließen in Deutschland derzeit rund drei Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung. Um die Innovationskraft zu erhöhen, wäre es wichtig, diesen Anteil noch zu steigern. Der Staat kann über Förderprogramme und zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten Anreize für die Unternehmen setzen, hier stärker zu investieren und Deutschland bei Innovationen wieder zu einer führenden Kraft werden zu lassen. Der Zugang zu Fördermitteln sollte außerdem vereinfacht und Forschungsnetzwerke zwischen Universitäten und der Industrie sollten gestärkt werden.

## 8. INFRASTRUKTUR/DIGITALISIERUNG

---

### a. Infrastruktur sanieren

In der öffentlichen Infrastruktur herrscht ein massiver Investitionsstau. Bund, Länder und Kommunen müssen einen dreistelligen Milliardenbetrag einsetzen, um Brücken, Straßen, Gebäude und Kanäle wieder auf den Stand der Technik zu bringen. Investitionsbedarf besteht auf allen Ebenen. Bei der Verkehrsinfrastruktur sind Straße, Schiene, Schifffahrt und Flughäfen gleichermaßen betroffen. Für die Umstellung auf E-Mobilität braucht Deutschland eine umfassende und nutzerfreundliche Ladeinfrastruktur. Im Gebäudebereich reicht der Bedarf von Grundsanierungen bis hin zu einer energetischen und digitalen Ertüchtigung. Vor allem betroffen sind hier Schulen und Hochschulen, die zunehmend verfallen und keine zukunfts-





fördernden Lernorte darstellen. In diesem Zusammenhang ist es zwingend, dass der Bund die Länder und Kommunen finanziell so ausreichend ausstattet, dass diese ihrer Aufgabe gerecht werden können.

## **b. Digitale Landschaft ausbauen**

Deutschland ist Digitalisierungs-Entwicklungsland. In internationalen Rankings belegt es regelmäßig mittlere bis hintere Plätze. Sowohl in der Breitbandabdeckung als auch bei digitalen Dienstleistungen schneidet unser Land schlecht ab. Im Bereich der digitalen Verwaltung rangiert Deutschland im hinteren Drittel. Die nächste Bundesregierung muss diesen Wettbewerbsnachteil dringend angehen.

Um eine flächendeckende Versorgung mit gigabitfähiger und resilienter digitaler Infrastruktur zu erreichen, muss das Ausbautempo weiter an Fahrt aufnehmen. Nur so entstehen neue digitale Geschäftsmodelle. Und nur so kann das Land in diesem Bereich neues Wachstum erzeugen: Die Europäische Kommission schätzt, dass durch digitale Technologien in den EU-28 bis 2030 eine BIP-Steigerung von 2,2 Billionen Euro oder 14,1 Prozent zu erreichen wäre.

In der Verwaltungs-Digitalisierung wird vor allem der Föderalismus zunehmend zum Problem. Weil die unterschiedlichen Anwendungen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene nicht kompatibel sind, gibt es keine einheitliche Daten-Infrastruktur. Hier braucht es den politischen Willen einer länderübergreifenden Harmonisierung. Dazu ist ein einheitliches Register- und Datenbankwesen überfällig, um Doppel- oder Vielfach-Speicherungen und Abfragen einen Riegel vorzuschieben.

## 9. INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

---

### a. Freihandel fördern

Die Förderung internationaler Handelsabkommen ist für Deutschland von zentraler Bedeutung. Knapp 40 Prozent des deutschen BIP stammen aus Exporten. Angesichts einer zunehmend protektionistischen Welt ist es umso wichtiger, dass Deutschland sich in der EU für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen einsetzt. Deutschland sollte sich für mehr Flexibilität bei den Abkommen einsetzen. Vor allem müssen diese stärker auf die Handelspartner zugeschnitten sein, was beispielsweise das Erreichen von Nachhaltigkeitszielen angeht. Auch der Schutz europäischer Investitionen im Ausland muss gesichert sein. Darüber hinaus werden Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern für Deutschland und die EU immer wichtiger.

### b. Europäische Industriestrategie entwickeln

Die Bundesregierung muss mit Nachdruck für eine neue europäische Industriestrategie eintreten, die die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandskraft der Gemeinschaft erhöht. Im Mittelpunkt sollten Bürokratieabbau, die Schaffung einer funktionierenden Kapitalmarktunion, die Finanzierung strategischer Zukunftsinvestitionen, die Weiterentwicklung des Europäischen Binnenmarktes, die Stärkung der Innovationsfähigkeit sowie die pragmatische Verhandlung von Handelsabkommen mit strategischen Partnern stehen.



### c. Europäischen Binnenmarkt vertiefen

Die Barrieren im Binnenmarkt, die besonders mittelständische Unternehmen treffen, müssen konsequent abgebaut werden. So können Potenziale des Dienstleistungssektors beispielsweise durch die vollständige Um- und Durchsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie gehoben werden. Auch der Energiebinnenmarkt sollte gestärkt werden, indem grenzüberschreitende Energieprojekte gefördert werden.

### d. Gestaltungsrolle übernehmen

Zur Lösung gemeinsamer Herausforderungen ist eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der EU unerlässlich. Hier sollte Deutschland wieder eine Führungsrolle einnehmen. Das sprichwörtliche „German Vote“, also eine Enthaltung im Rat, wird diesem Anspruch nicht gerecht und muss vermieden werden. Um die Interessen der deutschen und europäischen Industrie vertreten zu können, muss sie in den wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik Allianzen mit gleichgesinnten Partnern bilden. Eine enge deutsch-französische Abstimmung bleibt dabei der zentrale Faktor für die Entscheidungsfindung in der EU.

## VSU - eine starke Stimme im Saarland

Die Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU) ist die Dachvereinigung der saarländischen Arbeitgeber- und Fachverbände. Wir sind eine wichtige Stimme in der Diskussion zur Wirtschafts- und Standortpolitik. Dabei vermitteln wir im Austausch mit der Politik die Position der Wirtschaft im Land.

### Sprechen Sie uns an!

Ihr Kontakt zu uns:

**Vereinigung der  
Saarländischen Unternehmensverbände (VSU)**

Harthweg 15  
66119 Saarbrücken  
0681 - 9 54 34 - 0  
kontakt@vsu.de



**#StarkeWirtschaft**  
**#StarkesLand**